



Datenschutzerklärung für Bewerbungsverfahren

Zweck der Verarbeitung

Die elektronische Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Bewerbungsdaten erfolgt ausschließlich zum Zweck des konkreten Bewerbungsverfahrens.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Bewerbungsdaten sind § 26 Abs. 1 BDSG, § 106 Abs. 4 BBG.

Speicherdauer

Die Speicherung der personenbezogenen Bewerbungsdaten erfolgt bezogen auf das konkrete Bewerbungsverfahren und hier für die dies-bezüglich erforderliche Dauer. Danach werden die Daten gelöscht. Die Aufbewahrungsdauer ist verfahrensbezogen unterschiedlich und hängt von verschiedenen Kriterien ab (z. B. besonders hohen Bewerbungszahlen oder der Art des Auswahlverfahrens).

Empfänger und Empfängerkategorien

Ihre Daten werden an die mit der Durchführung des Auswahlverfahrens beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Personalreferates der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie den Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, ggf. die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen sowie Mitglieder der Auswahlkommission weitergegeben.

Eine Weitergabe Ihrer Daten zu sonstigen kommerziellen oder nicht kommerziellen Zwecken erfolgt nicht.

Ausschließlich zu Statistikzwecken werden einzelne Daten (Anrede, Schwerbehindertenstatus, formelle Eignung, Informationsquelle etc.) der Bewerbung in anonymisierter Form bereitgestellt.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine ausschließlich auf eine automatisierte Verarbeitung gestützte Entscheidung erfolgt nicht. Eine Würdigung der Bewerberdaten erfolgt regelmäßig durch die Beteiligung natürlicher Personen.

Betroffenenrechte

• Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Werden sie betreffende Daten verarbeitet, haben betroffene Personen umfassende Rechte. Sie können von dem Verantwortlichen beispielsweise Informationen über Verarbeitungszwecke und Empfänger der Daten verlangen.

• Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten Bewerberinnen oder Bewerber zum Beispiel feststellen, dass ihnen bei der Eingabe ihrer Daten in das Bewerbungsformular oder in Bezug auf die hochgeladenen Unterlagen Fehler unterlaufen sind, können Betroffene sich zwecks Berichtigung der Daten an das Personalreferat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wenden.

• Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Betroffene können veranlassen, dass ihre Daten gelöscht werden. Möglich ist dies aber nur dann, wenn die Daten für den Zweck, für den sie beim Betroffenen erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind, die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Betroffene seine Einwilligung widerruft und es keine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt.

• Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Betroffene haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, vom Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung sie betreffender Daten zu verlangen.

• Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Unter der Voraussetzung der technischen Machbarkeit haben Betroffene das Recht, einem Verantwortlichen durch sie bereitgestellte Daten an einen anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen. Betroffene können darüber hinaus verlangen, dass ihnen die ausschließlich sie selbst betreffenden Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem gängigen maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt werden.

• Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Betroffene Personen haben jederzeit das Recht, der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zu widersprechen.

Kontakt

Nähere Auskünfte erteilt der behördliche Datenschutzbeauftragte bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien:

Telefon: +49 22899 681-3655

E-Mail: datenschutzbeauftragter@bkm.bund.de

Adresse: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Datenschutzbeauftragter, Postfach 170286, 53028 Bonn

Wenn jemand der Ansicht ist, bei Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Daten durch öffentliche Stellen des Bundes in seinen Rechten verletzt worden zu sein, hat er oder sie das Recht zur Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde. Für den Bereich des Bundes ist dies:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

Adresse: Husarenstraße 30, 53117 Bonn